

## **A n t w o r t**

**des Ministeriums des Innern und für Sport**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ellen Demuth (CDU)**  
**– Drucksache 17/1203 –**

### **Kommunal- und Verwaltungsreform im Kreis Neuwied**

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/1203** – vom 4. Oktober 2016 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist es nach Auffassung der Landesregierung laut Landesrecht zulässig, dass einzelne Ortsgemeinden im Zuge einer Fusion ihrer bestehenden Verbandsgemeinde diese verlassen und sich freiwillig einer anderen benachbarten, nicht primär von der Fusion tangierten Verbandsgemeinde anschließen?
2. Konkret: Ist nach Auffassung der Landesregierung mit dem Landesrecht vereinbar, dass die Ortsgemeinden St. Katharinen und Vettelschoß die Verbandsgemeinde Linz verlassen und sich der Verbandsgemeinde Asbach anschließen? Wenn ja, unter welchen formalen Verfahrensschritten?
3. Konkret: Ist es nach Auffassung der Landesregierung mit dem Landesrecht vereinbar, dass die Ortsgemeinde Leutesdorf die Verbandsgemeinde Bad Hönningen verlässt und sich der Stadt Neuwied anschließt? Wenn ja, unter welchen formalen Verfahrensschritten?

Das **Ministerium des Innern und für Sport** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 26. Oktober 2016 wie folgt beantwortet:

Zu den Fragen 1 und 2:

Für die Gebietsänderungen auf der Ebene der verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden ist das Landesgesetz über die Grundsätze der Kommunal- und Verwaltungsreform vom 28. September 2010 (GVBl. S. 272, BS 2020-7) maßgebend.

Das Landesgesetz regelt, dass Verbandsgemeinden als Ganzes zusammengeschlossen werden sollen. Einen Zusammenschluss der Ortsgemeinden einer Verbandsgemeinde mit mehreren anderen Verbandsgemeinden lässt das Landesgesetz nur in begründeten Ausnahmefällen zu. Dabei kommt eine solche Aufteilung der Ortsgemeinden lediglich für Verbandsgemeinden, die einen eigenen Gebietsänderungsbedarf nach dem Landesgesetz aufweisen, in Betracht. Schon aus diesem Grund würde das Ministerium des Innern und für Sport einer Umgliederung der Ortsgemeinden Sankt Katharinen und Vettelschoß der Verbandsgemeinde Linz am Rhein im Rahmen des Zusammenschlusses mit der Verbandsgemeinde Bad Hönningen in die Verbandsgemeinde Asbach nicht näher treten. Für die Verbandsgemeinde Asbach besteht ebenso wenig ein eigener Gebietsänderungsbedarf im Sinne des Landesgesetzes.

Zudem ist für eine Umgliederung der Ortsgemeinden Sankt Katharinen und Vettelschoß in die Verbandsgemeinde Asbach kein Gemeinwohlerfordernis erkennbar.

Zu Frage 3:

Beim Anschluss der Ortsgemeinde Leutesdorf an die große kreisangehörige Stadt Neuwied handelt es nicht um eine Gebietsänderungsmaßnahme im Sinne des Landesgesetzes über die Grundsätze der Kommunal- und Verwaltungsreform.

Eine rechtliche Grundlage für die dem Ministerium des Innern und für Sport von örtlicher Seite angetragene Verwaltungsgemeinschaft aus der Stadt Neuwied und der Ortsgemeinde Leutesdorf existiert nicht. Das Ministerium des Innern und für Sport erachtet es auch als bedenklich, hierfür eine rechtliche Grundlage zu schaffen.

Mit einer Ausgliederung aus der Verbandsgemeinde Bad Hönningen bekäme Leutesdorf im Falle des Fortbestandes als kommunale Gebietskörperschaft den Status einer verbandsfreien Gemeinde. Problematisch bei der angetragenen Verwaltungsgemeinschaft wäre insbesondere die Zuordnung der Aufgabenträgerschaften für die Selbstverwaltungsaufgaben und die Auftragsangelegenheiten der Verbandsgemeindeebene in Bezug auf das Gebiet der Gemeinde Leutesdorf.

In Vertretung:  
Günter Kern  
Staatssekretär